

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

12.4.1921 (No. 84)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Strasse Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
G. A m e n d.
Druck
und Verlag
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 M. 90 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühren: die 1mal gepaltene Petitzeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrecher Rabatt, der als Kasseeintrag gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abgabe von Anzeigen wird die Redaktion nicht für die Erfüllung der Anzeigen haftbar gemacht. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böserer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die wirtschaftliche Lage wird durch die Meldungen weiterer teils erfolgter, teils bevorstehender Betriebsbeschränkungen gekennzeichnet. Demgegenüber fällt das numerische Sinken der Erwerbslosenziffer nicht ins Gewicht. Am Ende der Berichtswochen waren 4319 unterstützte Erwerbslose gemeldet, an die 320 849,95 M. ausbezahlt wurden. Die Summe der gewährten Kurzarbeiterzulagen belief sich auf 91 741,32 M. Als Kurzarbeiter waren 1501 Männer und 170 Frauen beschäftigt. Die Zahl der mit Notstandarbeiten (Straßenbau, Holzfällen, Erdarbeiten und dgl.) beschäftigten Arbeiter hat in der Berichtswochen um 217 zugenommen und beläuft sich nunmehr auf 8121.

In der Landwirtschaft hält der erhebliche Bedarf an weiblichen Diensthilfen an, ebenso finden Burschen, Diensthilfen und Rechte Stellung.

In der Industrie der Steine waren Steinhauer, Steinbrecher, insbesondere aber Mineure gesucht. In der Industrie der Erde war es außerordentlich schwer, Ziegeleiarbeiter zu beschaffen.

Die Lage in der Metall- und Maschinenindustrie ist weiterhin ungünstig, dies gilt insbesondere von der Forstheimerschen Schmuckwarenindustrie, wogegen die Schwarzwälder Uhrenindustrie noch voll beschäftigt ist.

Gering ist der Beschäftigungsgrad in der Lederindustrie.

In der Holzindustrie besteht nur vereinzelte Nachfrage nach Arbeitskräften.

Der schlechte Geschäftsgang im Bäder- und Regengewerbe dauert an, dagegen wurden in der Tabakindustrie Arbeitskräfte gesucht.

Im Bekleidungs- und Schuhgewerbe ist die Lage im ganzen ungünstig, insbesondere steht dem großen Angebot von arbeitssuchenden Schuhmachern so gut wie keine Nachfrage gegenüber.

Das Baugewerbe hat sich etwas belebt. Im Handelsgewerbe ist die Lage im wesentlichen unverändert.

Betriebsbeschränkungen:

Infolge Mangels an Aufträgen oder Absatzrückgang mußten 5 Betriebe eingeschränkt werden, wovon rund 1000 Arbeiter betroffen sind. In der Forstheimerschen Schmuckwarenindustrie ist der Betrieb bei 163 Fabrikanten eingeschränkt, wo 2000 Männer und 8200 Frauen nur als Kurzarbeiter beschäftigt werden können.

Schließungen:

wurden infolge Mangels an Aufträgen bei 8 Betrieben vorgenommen; es kamen dadurch 1570 Arbeitskräfte (darunter 66 Frauen) zur Entlassung.

Deutschland und Amerika.

N.-S. Berlin, 8. April.

Am 11. April wird in Washington der Kongress zu einer außerordentlichen Tagung, der ersten unter dem neuen republikanischen Regime, zusammenzutreten, um sich u. a. mit der Resolution Knox zu beschäftigen, die den Friedenszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland auch formell wieder herzustellen soll. Die Reise des französischen Parlamentarikers und früheren Ministers Viviani nach den Vereinigten Staaten hat anscheinend den Zweck gehabt, die Einbringung oder Annahme dieser Resolution zu verhindern, ist aber in dieser Hinsicht offenbar erfolglos gewesen. Präsident Harding scheint endgültig entschlossen, den Versailler Vertrag nicht zu unterzeichnen; und da nun doch der Friedenszustand wiederhergestellt werden soll und muß, wird es auf dem Wege dieser Resolution geschehen, zu der ihr Urheber neuerdings eine Klausel hinzugefügt hat, des Inhalts, wenn Freiheit und Frieden Europas auf neue durch eine Macht oder durch eine Kombination von Mächten bedroht werde, würden die Vereinigten Staaten darin eine Bedrohung ihres eigenen Friedens und ihrer eigenen Freiheit erblicken und sich alsbald mit den anderen gefährdeten Völkern beraten, um eine solche Bedrohung zu beseitigen usw. Herr Viviani stellt sich, als ob er mit diesem Zusatz außerordentlich zufrieden wäre; es darf aber dahingestellt bleiben, ob diese Zufriedenheit so ganz echt ist. Für uns steht jedenfalls fest, daß diese Klausel, ebenso wie der Völkervertrag selber, ihre Spitze gegen die Entente richten müßte, deren erpresserische Wankreden allein noch den Frieden Europas stören.

Von dieser Auffassung ist jedoch das offizielle Amerika anscheinend noch ziemlich weit entfernt, und wenn man hier und dort gehöft haben sollte, daß die auf einem toten Strang geratenen Reparationsverhandlungen unter der Führung Amerikas demnächst wieder ins rechte Gleis gebracht werden können, so hat sich auch diese Hoffnung vorerst noch nicht erfüllt. Beleg dafür ist die Tatsache, daß in den letzten Tagen des März hat ein erster inoffizieller Meinungs-austausch darüber zwischen Deutschland und Amerika stattgefunden, dessen Urkunden umfangreich veröffentlicht worden sind. Dem amerikanischen Kommissar in Berlin ist im Anschluß an

einen Besuch, den er dem Reichsminister Dr. Simons abstatete, ein Memorandum übergeben worden, das die in dieser Unterredung getanen Äußerungen des Ministers wiedergab. Die amerikanische Antwort auf dieses Memorandum enthält einen Satz, der den Briand in seiner letzten Kammerrede mit einem richtigen Triumphgeschrei begrüßt worden ist, weil er lautet: „Die amerikanische Regierung hält ebenso wie die alliierten Regierungen Deutschland für den Krieg verantwortlich und daher für moralisch verpflichtet, Reparation zu leisten, so weit diese möglich sein mag.“ Darin soll angeblich eine „höhnische Zurückweisung der deutschen Anbiederung“ liegen. Was die Antwort sonst enthält, so vor allem die Äußerung der Freude darüber, daß das Memorandum die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung, Reparation bis zur Grenze der deutschen Zahlungsfähigkeit zu leisten, unzweideutig erkennen lasse, weil nur auf dieser Basis ein gesicherter und gerechter Friede wiederhergestellt werden könne, und ferner der Ausdruck der Hoffnung, das die auf einer neuen Basis ausgenommenen Verhandlungen zu einer schleunigen Regelung führen würden, wird weise verschwiegen, wie das nun einmal der Sinnhaftigkeit und Taktik der Franzosen entspricht, denen es als vornehmste Aufgabe erscheint, die Weltgeschichte zu fälschen.

Andererseits ist allerdings festzustellen, daß dieser Gedanken-austausch zunächst ohne ein unmittelbar praktisches Resultat verlaufen ist. Deutschland hat aber einen neuen Beweis seines guten Willens gegeben, zu einer Verständigung und damit zu einer wirklichen Befriedigung Europas zu gelangen, genau so, wie das in dem Memorandum eingehend geschilderte Verhalten Frankreichs in der Wiederaufbaufrage und namentlich auch die neueste Rede Briands den bösen Willen Frankreichs erkennen lassen. Im übrigen stehen die Dinge noch so, wie sie beim Abbruch der Londoner Konferenz gestanden haben, und es bleibt abzuwarten, ob sich das bis zum 1. Mai ändert, oder ob dann in Kraft tritt, was Briand in seiner neuesten Rede als die Zwangsmassnahmen des „gemeinen Rechts“ bezeichnet hat, was er aber besser als die unbeschränkte Freiheit des Müllers und Erpressers gegenüber einem Wechsellager bezeichnet hätte. Denn der Gerichtsvollzieher geht doch schließlich auf Grund eines Rechtsmittels vor, den er sich nicht selber ausgestellt hat. Briand aber ist Kläger, Richter und Bittler in einer Person, und das schlägt allen Kulturbe-griffen von Recht und Gerechtigkeit ins Gesicht.

Neue Vorschläge kündigt das deutsche Memorandum lediglich in der Wiederaufbaufrage an. Die betreffende Stelle lautet: „Deutschland wünscht keine Verewigung des Völkervertrages. Es wird daher nochmals der französischen Regierung Vorschläge unterbreiten, deren Einzelheiten gegenwärtig mit der deutschen Arbeiterschaft selbst beraten und aufgestellt werden. Hat die französische Regierung Bedenken gegen die Verwendung so zahlreicher deutscher Arbeitskräfte im Wiederaufbaugebiet, so würde die deutsche Regierung auch bereit sein, in jeder anderen möglichen und Frankreich genehmen Form ihre guten Dienste und Kräfte zur Verfügung zu stellen.“

Im übrigen wird lediglich betont, wie dies schon in London geschehen, daß die Beschaffung größerer Geldmittel in fremden Devisen für Deutschland nur bei starker Steigerung seines Exportes möglich sei, daß der Finanznot der Alliierten nur auf dem Wege des Kredits abgeholfen werden könne und daß Deutschland sich auch nicht weigern würde, in den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit die Verzinsung und Tilgung der Verbindlichkeiten einzelner Alliierten zu übernehmen; schließlich erklärt es sich bereit, jedem anderen Vorschlag sich anzuschließen, der geeignet erscheint, die Entwirrung des europäischen Wirtschaftens und Finanzproblems herbeizuführen. Damit ist der deutsche Standpunkt in den Londoner Verhandlungen vollständig gewahrt. Es muß außerdem noch betont werden, daß die Anerkennung der „Verpflichtung“, die die amerikanische Antwort aus dem deutschen Memorandum herausliest, sich lediglich auf die Leistung der Reparation beschränkt und nicht etwa auf die Verantwortlichkeit für den Krieg. Das geht auch aus dem Text selber unzweideutig hervor, und es bedarf ausgebildeter Unterlegungskünste, um aus diesen klaren Worten etwas anderes herauszuholen.

Die Unteilbarkeit Oberschlesiens

Im Nachfolgenden gehen wir die Rede wieder, die Oberbürgermeister Dr. Winter in der Protokollversammlung der Karlsruher Bürgerschaft am Sonntag vormittag hielt:

Es gehört zu den wichtigsten Beweismitteln, mit denen die Verfasser des Versailler Vertrages seine Abrechnung mit den Grundfragen der Freiheit und der Gerechtigkeit darzutun versuchten, daß in ihm großen Teilen der Rand-

bevölkerung Deutschlands das Recht eingeräumt worden ist, selbst darüber zu entscheiden, ob sie beim Deutschen Reich verbleiben wollen oder nicht. Es verhält sich dabei nach der Ansicht dieser Weltbeglückter dem von ihnen so heiß ersehnten Ziele der allgemeinen Völkerbefreiung durchaus nicht, daß man dieses Recht der freien Selbstbestimmung nur gewährt, um die Abspaltung einzelner Teile vom Deutschen Reich zu ermöglichen, nicht aber auch denen, die, weil sie Deutsche sind, von außen zu uns streben, noch daß man hunderttausende deutscher Volksgenossen ungefragt zur Unterwerfung unter fremde Herrschaft verurteilt hat.

So hat man auch für Oberschlesien, unter dem Vorwand, daß in diesem deutschen Lande auch Leute wohnen, die einem dem polnischen Sprachgebiete zugehörigen Dialekt sprechen, eine Abstimmung darüber vorgeesehen, ob sie deutsch bleiben oder dem neugegründeten polnischen Staate sich anschließen wollen. Zur Vorbereitung dieser Abstimmung hat man es für nötig gehalten, unmittelbar nach dem Friedensschlusse Oberschlesien der deutschen Verwaltung zu entziehen und es einem internationalen Ausschusse zu unterstellen, der die Aufgabe haben sollte — ich zitiere die betreffende Stelle des Friedensvertrages — „alle Maßnahmen zu treffen, die er zur Sicherung einer freien und unbeeinflussten Stimmabgabe für erforderlich hielt, der insbesondere die Ausweisung jeder Person zu verfügen hatte, die irgendwie das Ergebnis der Volksabstimmung durch Bestechung oder Einschüchterungsmassnahmen zu fälschen versuchte.“

Für alle, die die Bedeutung Oberschlesiens für unsere gesamte deutsche Volkswirtschaft einigermaßen kannten, war es klar, wach schweren Schlag für den wirtschaftlichen und damit auch politischen Bestand unseres deutschen Reiches, ein ungünstiger Wahlausgang bedeutete hätte. Mit ungeheurer Spannung hat daher das ganze deutsche Volk dem Abstimmungstage entgegengehabt. Mit heißen Gegenwünschen haben wir unsere Mitbürger begleitet, als sie als Kinder des ober-schlesischen Landes zur beschwerlichen Fahrt nach ihrer Heimat sich anschickten, um dort mit dem Stimmzettel ihre Treue zum gemeinsamen Vaterlande zu bezeugen. Herzlicher, inniger Dank sei ihnen auch von dieser Stelle für dies vaterländische Opfer gesagt!

Das Ergebnis der Abstimmung haben wir als Sieg der deutschen Sache gefeiert und dies mit Recht. Von 1 200 000 abgegebenen Stimmen sind 717 123 für Deutschland abgegeben worden. Von 1261 beteiligten Gemeinden weisen 664 eine deutsche Stimmenmehrheit auf. Das ober-schlesische Land hat sich demnach mit fast zwei Drittel seiner Einwohner und mit der überwiegenden Mehrheit seiner Gemeinden für Deutschland entschieden. Vor allem sind es sämtliche Städte, also die Sammelpunkte der Intelligenz, ferner die Landstriche mit fortgeschrittener landwirtschaftlicher Kultur und die hochentwickelten Industriegebiete, die zum Teil recht erhebliche deutsche Mehrheiten aufweisen. Und dieses Wahlergebnis ist erzielt worden, trotzdem die Wahl unter für die deutsche Sache außerordentlich erschwerten Umständen vor sich gehen mußte. Erschwert war sie schon durch das Wahlreglement, das zugunsten der Polen alle erst seit 1904 in Oberschlesien ansässigen Personen ihres Stimmrechtes beraubte, ein Umstand, der dem germanischen Elemente gegenüber deshalb besonders ungünstig wirkte, weil gerade in die Zeit seit 1904 ein wesentlicher Teil der gewaltigen Aufschwüngen der ober-schlesischen Industrie fällt, der viele tausende von deutschen Volksgenossen aus anderen Gebieten des deutschen Reiches nach Oberschlesien herangezogen hat; erschwert aber auch durch die mit allen Mitteln der List und des Truges, der Bestechung und des Stimmkaufs arbeitende großpolnische Propaganda und dem polnischen Terror, der vor keiner Drohung und Gewalttätigkeit, nicht vor Mord und Totschlag zurückschreckte. Was wir darüber von Augenzeugen und durch die Berichte der Zeitungen erfahren haben, übersteigt fürwahr alles Vorstellbare. Daß aber diese Berichte wahr sind, ist, wie Sie dieser Lage aus der Rote der deutschen Regierung entnommen haben, durch amtliche Unter-suchung vollumfänglich bestätigt. Geradezu wie Lohn muß diesem schändlichen Treiben gegenüber die vorhin erwähnte Bestimmung des Friedensvertrages über die Aufgabe des internationalen Ausschusses zur Herbeiführung eines wahren und unverfälschten Ausdruckes der Volksmeinung klingen. Wenn trotz alledem das Ergebnis der Abstimmung fast eine Zweidrittelmehrheit für Deutschland brachte, so darf man mit Recht und Recht feststellen, daß es der Gesamtwille des ober-schlesischen Volkes ist, mit dem deutschen Volke verbunden zu bleiben und zwar ganz und ungeteilt.

Überblickt man die politische, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung des Landes, so ist dieser Wille auch nur zu verständlich und natürlich. Wohl sind in den Zeiten der Völkermigration, nachdem die jahrhundertlang dort ansässigen germanischen Stämme das Land auf ihrem Zuge nach dem Westen verlassen hatten, slavische Völkerschaften nachgerückt, und es ist richtig, daß ein Teil der heutigen Bevölkerung des Landes Nachkommen dieser slavischen Einwanderer und somit Stammesverwandte der Polen sind. Aber nur etwa 200 Jahre hat die politische Verbindung Oberschlesiens mit dem polnischen Staate gedauert. Seit 1163 gehörte Schlesien mit Oberschlesien zum römischen Reiche deutscher Nation und seitdem ist es nie wieder politisch mit Polen vereinigt gewesen, wiewohl es in der Zwischenzeit wiederholt seine Dynastie gewechselt hat, bis es durch den Breslauer Frieden im Jahre 1742 an Preußen fiel. Wie sehr in dieser langen Zugehörigkeit Oberschlesiens zu Deutschland seine polnischen Einwohner den Stammesverwandten im ehemaligen Königreich Polen entfremdet worden sind, beweist nichts deutlicher als die Tatsache, daß sich ihr Dialekt, das Wasserpolakische, so sehr von der polnischen Sprache entfernte, daß sich Deutsche und Polen nicht mehr verstehen. Es ist weiter eine Tatsache, daß noch vor wenigen Jahrzehnten jeder Deutsche es als eine Beleidigung empfand, als Pole angesprochen zu werden. Erst die seit Gründung des deutschen Reiches

einsehende stuppellose Agitation hat einzelne Teile, namentlich der unteren Schichten der Deutschpolen Oberschlesiens für den großpolnischen Gedanken zu gewinnen vermocht.

Abkömmlinge polnischen Stammes sind aber nicht die einzigen Bewohner des Landes. Schon im 12. und 13. Jahrhundert sind von den Fürsten des Landes gerufen, deutsche Bauern und Handwerker aus allen deutschen Gauen in das nur dünn besiedelte Land eingewandert und haben dort in jahrhundertelanger Arbeit dem das ganze Land bedeckenden Urwald fruchtbareren Ackerboden abgerungen. Das ganze Mittelalter hindurch setzte sich dieser Zustrom, wenn auch zeitweise verlangsamt, fort, und so ist allmählich im ganzen Lande verstreut eine so große Anzahl von deutschen Siedlungen entstanden, daß sie schließlich den ganzen kulturellen und wirtschaftlichen Charakter des Landes entscheidend bestimmt haben. Leobschütz, Grottkau, Repten bei Tarnowitz, Beuthen, Gleiwitz, Sohrau, Loslau und selbst Lublitz sowie noch viele andere der ober-schlesischen Städte und Dörfer sind deutsche Gründungen aus der Zeit des 12. und 13. Jahrhunderts, die von je deutsches Recht gehabt haben.

Eine zweite Periode der deutschen Kolonisation brachte die fridericianische Zeit, in der von deutschen Stammesgenossen neben dem Ausbau der bäuerlichen Siedlungen zahlreiche industrielle Siedlungen angelegt wurden, und endlich hat die mit der Anlage der ersten schlesischen Eisenbahn einsetzende jüngste Blüte der industriellen Entwicklung des Landes einen neuen Zustrom von tausenden und abertausenden deutscher Volksgenossen aus allen Stämmen in das ober-schlesische Land gebracht.

Was heute an idealen und materiellen Werten in Oberschlesien angeammelt ist, ist deutsches Ursprungs. Deutsch ist vor allem die Kultur des Landes. Deutsche Schichten sorgen für eine gute Bildung des gesamten Volkes. In den Städten vermitteln wissenschaftliche Anstalten der verschiedensten Art und deutsche Theater der Bevölkerung die Schätze deutscher Kultur. Von deutscher Verwaltung und Selbstverwaltung zeugt schon das äußere Gepräge der Städte. Bis in das kleinste Dorf der Industriebezirke hinein sind Kanalisationsanlagen geführt. Mehrere große Wasserwerke versorgen in neuzeitlichen Anlagen das ganze ober-schlesische Gebiet mit Trink- und Gebrauchswasser. Ebenso ist ganz Oberschlesien von einem von mehreren großen Zentralwerken ausgehenden dichten Netze von Hochspannungslinien durchzogen, die überallhin bis in die kleinste Hütte Licht und Kraft bringen. Ein tausendsträhiges Schienennetz von Eisenbahnen und elektrischen Bahnen, Nebenbahnen, Feld- und Forstbahnen durchzieht das Land nach allen Richtungen und vermittelt die notwendige Verbindung mit den anschließenden deutschen Gebieten. Überall sind gute, gepflasterte und gepflasterte Straßen angelegt. Wie häufig nimmt sich gegenüber diesem Wert deutscher Kultur das großpolnische Land aus! Viele vermögen den gewaltigen Unterschied zwischen Oberschlesien und dem benachbarten Polen vom Kriege her aus eigener Anschauung zu beurteilen. Den andern sei es ins Gedächtnis zurückgerufen, daß in Polen noch heute 62 Prozent der Bevölkerung nicht lesen und nicht schreiben können, daß von 127 polnischen Städten nur 2 eine Kanalisation und nur 4 eine öffentliche Wasserversorgung haben, von dem furchtbaren Zustande der Verkehrswege gar nicht zu reden. Die deutsche Verwaltung hat den auf Hunderttausende zählenden Arbeitern des ober-schlesischen Landes die Segnungen der deutschen Arbeiterfürsorgegesetzgebung gebracht; was hat Polen dafür zu bieten?

Das Werk deutschen Geistes und deutscher Hände ist vor allem Dingen aber auch der ober-schlesische Bergbau und die ober-schlesische Industrie. Deutsche Ingenieure und deutsche Arbeiter haben hier in den letzten Jahrzehnten ein Energie- und Industriezentrum geschaffen, das an Größe und Bedeutung unmittelbar nach dem Ruhrgebiet zu nennen ist. Etwa 200 000 Montanarbeiter fördern dort in Kunstvoll nach den Regeln deutscher Technik angelegten und mit den gewaltigsten Maschinen aus deutschen Werkstätten ausgestatteten Schächten nicht weniger als 48 Millionen Tonnen Kohlen im Jahre zutage, also etwa den 4. Teil des gesamten deutschen Friedenskohlenverbrauchs, und ebenso werden dort drei Fünftel der deutschen Zinnproduktion und ein Fünftel der deutschen Bleiproduktion gewonnen; und auf diesem Bergbau baut sich eine über das ganze Land verteilte blühende Industrie auf, die sich fast aller Tätigkeitsgebiete deutschen Erwerbsfeldes bemächtigt hat. Fragen wir aber, welchem Wirtschaftsgebiet dieser Bergbau und diese Industrie angehören, so geben die Verzeichnisse die unzweideutige Antwort, daß Oberschlesien ein wesentlicher und unentbehrlicher Bestandteil der gesamten deutschen Volkswirtschaft ist. Drei Viertel seiner Produktion geht nach anderen Teilen Deutschlands ab. Nach Polen aber gehen kaum 5 Prozent. Von allen Dingen ist es die Kohle, die Oberschlesien zum Träger eines großen Teils des deutschen Wirtschaftslebens gemacht hat. In unendlichen Reihen von Eisenbahnzügen fließt der ober-schlesische Kohlenstrom täglich der deutschen Wirtschaft zu.

Ein Fünftel des ganzen deutschen Kohlenbedarfs wird aus Oberschlesien bezogen, ganz Ostdeutschland bis weit über Berlin hinaus, aber auch große Teile Sachsens und selbst Bayerns sind auf die ober-schlesische Kohle angewiesen. Ähnliches gilt für die Produkte der ober-schlesischen Industrie. Umgekehrt empfängt Oberschlesien von der deutschen Landwirtschaft den Zuschuß an Lebensmitteln, den es selbst nicht hervorbringen kann. Die deutsche Industrie liefert ihrerseits dem ober-schlesischen Gebiete Maschinen, Materialien und Bekleidungsstücke, der deutsche Geldmarkt stellt ihm Kredit und Kapital zur Verfügung. So besteht eine enge Wechselwirkung zwischen dem ober-schlesischen Industriezentrum und den Kräften des übrigen deutschen Wirtschaftsgebietes, so eng, daß das eine nicht ohne das andere auf die Dauer bestehen kann. Dementsprechend vielfältig sind die Verkehrswege, die der außerordentlich rege Güteraustausch zwischen Oberschlesien und den deutschen Nachbargebieten vermitteln. Wie dürftig sind im Gegensatz dazu die wirtschaftlichen Beziehungen Oberschlesiens zu Polen!

Ich habe vorhin schon erwähnt, daß von der ober-schlesischen Gütererzeugung nur 5 Proz. nach Polen gehen, und umgekehrt ist auch der ober-schlesische Bezug von Waren aus Polen nur sehr gering. Es kann deshalb auch nicht übersehen werden, daß auch die Straßen- und Eisenbahnverbindungen, die Polen mit Oberschlesien verbinden, unbedeutend sind.

Aber auch in sich ist das ober-schlesische Wirtschaftsgebiet ein geschlossenes Ganzes. Durch eine gemeinsame Entwicklung zusammengewachsen, bilden die einzelnen Teile Oberschlesiens zusammen einen einheitlichen wirtschaftlichen Organismus, dessen Stütze aus dem Zusammenfluß aller Kräfte des Landes ihrem Lebenssaft saugen und nur im organischen Zusammenwirken lebensfähig sind. Man braucht sich nur das ineinander verschloßene, alles umfassende Verkehrsnetz, die durch die starke Abflutung des Grundwasserstandes bedingte, von wenigen unter sich verbundenen Zentralwerken gespeiste einheitliche Wasserwerkverteilung, sowie die Zentralisation des aus gigantischen streifenden Licht- und Kraftwerkzeugen in gewaltigen Kraftwerkzeugwerken vorzustellenden, um die Unlöslichkeit dieser Einheit klar zu erkennen.

Aus all diesen Tatsachen heraus kann man es daher wohl verstehen, daß nicht nur die aus deutschen Gauen stammenden Einwohner Oberschlesiens, sondern auch die einseitigen Teile der polnisch sprechenden für Deutschland entschieden haben, und auf dem Untergrund dieser Tatsache geminnt die Abstimmung des 20. März die Bedeutung eines machtvollen Protestes des ober-schlesischen Volkes gegen die brutale Vergewaltigung, die ihm aus einer Loslösung ganz Oberschlesiens oder einzelner Teile desselben vom Deutschen Reich droht, eine Vergewaltigung, welche die ganze kulturelle und wirtschaftliche Grundlage des Landes zerstören und das blühende aufstrebende Land unwiderruflich dem kulturellen und wirtschaftlichen Untergang preisgeben würde. Unsere Landsleute in Oberschlesien wissen, daß die Trennung Oberschlesiens von Deutschland die Abschnürung seines Lebensnervs bedeuten würde. Sie kennen ja die Rollen und ihre Wechsellagen zu genau, um nicht voraus sehen zu können, welches furchtbare Schicksal ihrer harte, wenn sie dem blühenden Gasse dieses ungeliebten Landes ausgeliefert würden. 160 Jahre — so schreibt ein polnischer Führer — haben die Deutschen zu germanisieren versucht, es ist ihnen nicht gelungen. Wir Polen werden nur 5 Jahre polonisieren, wir werden glänzende Erfolge haben, und diese Erfolge wären die Ausrottung alles Deutschtums mit Stumpf und Stiel. Die Oberschlesier sind sich auch dessen bewußt, daß die Wirkung der Vereinigung mit Polen das Bestehen der durch fast 700 jährige Arbeit aufgerichteten deutschen Kultur in dem polnischen Schmutz und Kote sein würde. Die sozialen Grundverhältnisse der deutschen Arbeiterklasse wären für die ober-schlesischen Arbeiter unwiederbringlich verloren, denn es ist nicht daran zu denken, daß polnische Unordnung jemals etwas ähnliches wie die deutsche Arbeiterfürsorgegesetzgebung zu schaffen in der Lage sein wird. Die ganze blühende Industrie Oberschlesiens müßte mangels eines Anschlusses an ein großes Aufnahme- und leistungsfähiges Wirtschaftsgebiet elend verrotten.

Das deutsche Volk hat den Hilferuf der ober-schlesischen Landeskinder, der aus dem Abstimmungsresultat so anstößig zu ihm dringt, nicht überhört. Welcher Deutsche, in dessen Brust ein Herz für sein Vaterland schlägt, wollte an ihm achtlos vorübergehen! Nicht nur für Oberschlesien, nein, auch für das ganze deutsche Vaterland handelt es sich in der ober-schlesischen Frage um Sein oder Nichtsein. Oberschlesien kann nicht leben ohne die Verbindung mit Deutschland. Aber auch Deutschland kann nicht bestehen, ohne daß ihm Oberschlesien ganz und ungeteilt erhalten bleibt. Die Gefahr, es wenigstens zum Teil zu verlieren, ist nicht gering. Schon versucht man das Abstimmungsresultat mit allerlei schwindigen Auslegungskünsten, in denen ja die Nachhaher unserer ehemaligen Feinde Meister sind, zu fälschen. Offen und weniger offen lassen es die Ministerpräsidenten einzelner Entente-län-

der in ihren Reden der letzten Tage erkennen, daß sie den Wünschen der Polen wenigstens teilweise entgegenkommen möchten, obwohl es ja auch ihnen, wenn anders sie sich überhaupt Mühe geben, die Verhältnisse zu erforschen, nicht unbekannt sein kann, daß die wirtschaftliche Einheit Oberschlesiens eine Teilung nicht erträgt.

Daher ist es Pflicht des ganzen deutschen Volkes, sich geschlossen hinter den Protest des schlesischen Volkes und hinter die deutsche Regierung zu stellen, die in ihrer vor wenigen Tagen erschienenen Note an die alliierten Mächte in so erfrischender Klarheit die Unmöglichkeit einer Loslösung oder Teilung Oberschlesiens dargelegt hat. Laut und vernehmlich rufen wir es allen denen, die es angeht, zu: Oberschlesien ist nach Geschichte, Kultur und wirtschaftlichem Aufbau ein untrennbarer Bestandteil Deutschlands. Oberschlesien ist in sich eine unlösliche Einheit. Trennung oder Teilung bedeutet Vernichtung. Wenn es eine Gerechtigkeit auf Erden gibt, dann muß uns Oberschlesien gelassen werden. Es wäre eine Verflüchtigung an der Menschheit, ein Raub, der aller Barmherzigkeit ins Gesicht schlägt, wollte man dem Deutschen Reich dieses Kleinod entreißen. Das kann und darf nicht sein. Oberschlesien war deutsch, ist deutsch und muß deutsch bleiben ganz und ungeteilt."

Politische Neuigkeiten. Die Zolllinie am Rhein.

Die interalliierte Rheinlandskommission hat über das Zollwesen im besetzten Gebiet in Ausführung der Beschlüsse der Londoner Konferenz vom 7. März 1921 und der Westschaffert-Konferenz vom 2. April 1921 folgende Verordnung erlassen:

Artikel I. Westgrenze. Die Waren, die aus anderen Ländern als dem unbesetzten Deutschland über die Westgrenze und auf dem Rhein in das besetzte Gebiet eingeführt werden, sowie die Waren, die aus dem besetzten Gebiet über die Westgrenze oder auf dem Rhein nach anderen Ländern als dem unbesetzten Deutschland ausgeführt werden, unterliegen dem Ein- und Ausfuhrzoll und Abgaben, welche in den gegenwärtig in Kraft befindlichen deutschen Tarifen und Verordnungen vorgegeben sind.

Artikel II. Ostgrenze. Der Verlauf der Ostgrenze der Zolllinie von Norden nach Süden wird wie folgt festgesetzt:

1. der Rhein von der holländischen Grenze bis zur Höhe von Lobhausen (nördlich von Düsseldorf) einschließlich der Häfen von Schmelgern, Ruhrort und Duisburg;
2. der Brückenkopf am Düsseldorf, begrenzt durch Lobhausen, Ratingen und die Ostgrenze von Nubbelath und Erkrath (diese beiden eingeschlossen);
3. der Brückenkopf Köln;
4. der Rhein zwischen den Brückenköpfen Köln und Koblenz;
5. die Brückenköpfe Koblenz und Mainz, welche zwischen Diez und Weisbaden durch eine Linie, welche der Nordostgrenze der Kreis Diez und Langenscheidt nach folgt, verbunden werden. Der Rhein vom Brückenkopf Mainz bis zur elfassischen Grenze. Der genaue Verlauf dieser Zolllinie wird von der Kommission bestimmt werden.

Artikel III. Einfuhr. Die Waren, welche über die Ostgrenze in das besetzte Gebiet eingeführt werden, unterliegen einer Zollabgabe in Höhe von 25 Prozent der Zölle, die im deutschen Zolltarif vorgegeben sind, berechnet in Gold nach dem gegenwärtigen Verfahren.

Artikel IV. Ausfuhr. Die Waren, die aus dem besetzten Gebiet über die Ostgrenze ausgeführt werden, unterliegen einem Ausfuhrzoll in Höhe der Zölle, welche im deutschen Zolltarif für eingeführte Waren nach Deutschland vorgegeben sind, berechnet nach Papiermaß. Für nach dem deutschen Zolltarif zollfreie Waren wird bei der Ausfuhr aus dem besetzten Gebiet eine statistische Gebühr von einer Papiermark für jedes Stückgut, Tonne, Kubikmeter oder Stück Vieh erhoben. Für pharmazeutische und pharmazeutische und chemische Produkte werden dieselben Ausfuhrzölle und Abgaben erhoben, wie bei der Ausfuhr über die Westgrenze des besetzten Gebietes.

Artikel V. Internationaler Durchgangsverkehr. Waren aus anderen Ländern als Deutschland, welche nach einem anderen Lande als Deutschland befördert werden, genießen bei der Durchfuhr durch die besetzten Gebiete derselben Erleichterungen, die gewöhnlich dem internationalen Durchgangsverkehr gewährt werden und sind von allen Abgaben befreit, wenn die Durchgangsvorschriften beachtet werden.

Artikel VI. Innerer Durchgangsverkehr. a) Die Waren, die aus einem anderen Lande als Deutschland durch das besetzte Gebiet nach dem unbesetzten Deutschland befördert werden, entrichten an der Westgrenze dieselben Abgaben, als wenn sie für das besetzte Gebiet wären. Diese Waren unterliegen keiner Abgabe bei ihrer Ausfuhr aus dem besetzten Gebiet.

Die schlafenden Landtagsabgeordneten.

Parlamentarische Randglossen von A. Weismann.

Nach dreiwöchiger Pause treten am morgigen Mittwoch die badischen Landboten wieder zu einer öffentlichen Sitzung zusammen. In voriger Woche hat bereits der Verfassungsausschuß einige kleinere Angelegenheiten erledigt, die Gemeindevordnung ist in zweiter Lesung verabschiedet und in den Fraktionen hatten die überaus wichtigen und komplizierten Steuer-gesetze, das sog. Verteilungsgesetz und das Ertragssteuergesetz, der raschen und gründlichen Durchberatung. Dieser dem Landtag jetzt schon wieder vorliegende umfangreiche Arbeitsstoff bringt mich auf einige Gedanken, die mir aufgestiegen sind, als ich vor zwei Monaten in einer kleinen Volksversammlung über die Tätigkeit des badischen Landtages zu sprechen hatte.

In G e i s i n g e n war's, vier Stationen hinter Donaueschingen. Der Vorsitzende eröffnet die auf einen Samstag abend anberaumte öffentliche Versammlung und bemerkt, das Thema lautet: Die Arbeiten des badischen Landtages! Referent sei ein Landtagsabgeordneter. Man werde heute hören, was der Landtag eigentlich geschafft habe.

Ich war über diese Bemerkung zunächst etwas verblüfft, denn ich erinnerte mich der überaus zahlreichen Sitzungen der Haushaltskommission, der vielen Beratungen über die neue badische Gemeindeordnung in der Kommission für Rechtspflege und Verwaltung und anderer Kommissions- und Plenumsarbeiten und fragte mich im stillen, ob man unter diesen Umständen sagen könne, der Landtag habe nichts geschafft.

Aber es kam noch besser. „Bei uns da herum“, so fuhr mein kritisch veranlagter Vorsitzender fort, ist man der Meinung, daß die Abgeordneten im Landtag nur schlafen würden; man hört und sieht ja nichts (oder nicht viel, verbesserte er sich, als der mein erkauntes Gesicht sah) und da ist es notwendig, daß wir einmal etwas davon erfahren“. Es war mir im gewissen Sinne zwar nicht neu, aber immerhin symptomatisch, daß ein politisch tätiger Staatsbürger und ein Mann, der immerhin auch Zeitungen liest, die Auffassung vertreten

konnte, die Landtagsabgeordneten hätten schließlich weiter nichts zu tun, als im Landtag zu schlafen. Natürlich liegt eine Übertreibung in der Wiederholung der Meinung vieler Wähler in diesen Worten, aber die Tatsache scheint doch vorzuliegen, daß gar manche Baden zu wenig oder gar keine Ahnung haben, wie sich die Tätigkeit ihres heimatischen Parlamentes vollzieht und welche Aufgaben von ihm zu lösen sind. Als ich nämlich in 14stündiger Rede meinen ziemlich aufmerksam lauschenden Zuhörern ein ungefähres Bild der vielfältigen Arbeiten des badischen Landtages aufzählte, da schienen sie doch der Meinung zu sein, in einem schlafähnlichen Zustande laße sich das nicht alles bewältigen. Nur mein Vortragender blieb stumm. Er sagte am Schluß der Versammlung, in dem Landtage geht es zu ruhig zu, da lese man immer nur, die Vorlage wurde einstimmig angenommen usw. Von aufregenden Debatten bemerkte man im badischen Landtag nichts, da sei es im deutschen Reichstag doch interessanter. Daß ich darauf einiges erwiderte, war klar, und daß mein doppelt unterstrichener Hinweis, es läge nicht auf kavalieren Reden, sondern auf die geleistete praktische Arbeit im Parlament an, schließlich doch nicht ohne Eindruck blieb, glaube ich am Schluß der Versammlung bemerkt zu haben.

Aber was will die „Belehrung“ dieser drei Ruhend Versammlungsbesucher sagen gegenüber den Abertausenden von badischen Landtagswählern, die keine andere Meinung über die parlamentarische Tätigkeit der Abgeordneten haben, wie der zweifelhafte Vortragende der Geisinger Versammlung. Und das ist bedauerlich. Denn die zu leistende Arbeit sehr vieler Mitglieder des Landtages ist doch größer, als gemeinhin angenommen wird.

Zunächst werden jedem Abgeordneten, einzelner, welcher politischen Partei er angehört, fast täglich mündliche oder schriftliche Bitten unterbreitet, sich für den oder jenen Wähler in Karlsruhe zu verwenden. Es sind die verschiedensten wirtschaftlichen und sonstigen Klagen, deren Lösung dem Abgeordneten übertragen wird. Dieser hält es natürlich für seine politische Pflicht, den Wünschen und Bitten seiner Wähler nachzukommen. Wie geschieht dies? Wohnt er in Karlsruhe und hat er die Gelegenheit mit Ministern und Ministerialräten oder Referenten der Ministerien gelegentlich der Sitzungen im Landtag oder in den Kommissionen zusammenzutreffen, über-

mittelt er diesen die ihm übergebenen Bittgesuche und Bescherden. Der auswärts wohnende Abgeordnete aber muß oft einen halben oder einen ganzen Tag lediglich dazu verwenden, um in den einzelnen Ministerien vorzuliegen und für Abhilfe der gerügten Missetaten einzutreten. Selbstverständlich muß er die Mittelstelle auch wieder schriftlich oder mündlich über den Erfolg seiner Mission benachrichtigen, was erheblichen Zeitaufwand (und oft auch größere Portokosten) verursacht. Denn wozu hat man denn — so fragen draußen die Wähler im Lande — den Abgeordneten, wenn man ihn nicht mit seinen politischen Schmerzen behelligen darf.

Die intensiver parlamentarische Arbeit muß aber von jenen Abgeordneten geleistet werden, die dauernde Mitglieder der wichtigsten Kommissionen sind. Als solche kommen zurzeit im badischen Landtag in Betracht die Haushaltskommission, die Kommission für Rechtspflege und Verwaltung und die Verfassungskommission. Daneben bestehen noch mehrere kleine Kommissionen, wie die Schulkommission, die Kommission für Gefüge und Beschwerden, der Ernährungsbeirat, die Geschäftsordnungskommission und eine Gelegenheitskommission, wie der Ausschuß zur Nachprüfung des Geschäftsgebahrens der Landwirtschaftskammer usw. Hat nun der Landtag seine parlamentarische Tätigkeit aufgenommen, ist fast kein Tag völlig arbeitsfrei. Entweder finden Sitzungen der Fraktionen statt oder in den Kommissionen wird gearbeitet. Nur jene Abgeordneten, welche in den Kommissionen sitzen, die nicht oft zusammenzutreten, bleiben von der angestrengten Kommissions-tätigkeit etwas verschont. Die Mitglieder der genannten drei großen Kommissionen aber sitzen mitunter wochenlang vor-mittags und nachmittags zusammen und beraten und gehalten die Gesetzesvorlagen so, wie sie dann in das Plenum gebracht werden. Daß dabei nicht immer der achtstündige Arbeitstag eingehalten werden kann, ist ganz selbstverständlich.

Als im vorigen Monat die Besoldungsordnung noch vor den Osterferien erledigt werden mußte, arbeitete die Haushaltskommission an einem Samstag (den 19. März) bis in den späten Abend hinein und am Sonntag nachmittags von 4-7 Uhr opferten die 4 Fraktionsführer des Landtages, welche die sog. Unterkommission bildeten, sogar ihre freien Sonntagsstunden, um die Fertigstellung des Gesetzesentwurfes zu ermöglichen. Zum Schlafen im Landtag selbst bleibt also wahrlich

Die Waren, welche aus dem nichtbesetzten Deutschland durch das besetzte Gebiet nach einem anderen Lande als Deutschland befördert werden, entrichten bei der Ausfuhr aus dem besetzten Gebiet die gesetzlichen deutschen Ausfuhrabgaben und sind bei Beachtung der Durchgangsverkehrsbestimmungen von allen Einfuhrabgaben befreit.

b) Die Waren, die aus einem anderen Lande als Deutschland durch das nichtbesetzte Deutschland nach dem besetzten Gebiet befördert werden, brauchen die Einfuhrabgaben nicht zu entrichten, wenn sie mit einem Ursprungszeugnis und einer deutschen Zollbescheinigung versehen sind. Waren, die aus dem besetzten Gebiet nach einem anderen Lande als Deutschland befördert werden oder in einem unbesetzten deutschen Hafen nach dem Ausland verschifft werden, müssen die gesetzlichen deutschen Ausfuhrabgaben und Abgaben entrichten.

Englisch-französische Geheimpolitik.

Nach Mitteilungen eines ausländischen Gewährsmannes, dessen Zuverlässigkeit und Informationsmöglichkeiten nicht zu bezweifeln sind, berichtet die „Postische Zeitung“, daß zwischen der Londoner Konferenz und der Briand'schen Kammerrede ein umfangreiches Abkommen zwischen England und Frankreich getroffen worden sei. In diesem Abkommen sichere England den Franzosen jede notwendige militärische Hilfe gegen Deutschland zu. Für diese Garantie habe Frankreich folgenden Preis bezahlt: Es desinteressiere sich in den wesentlichen Teilen Vorderasiens, gebe also vermutlich vor allem gewisse Widerstände in Syrien auf, es verzichte ferner auf seine eigene Politik in Rußland und sichere endlich dem britischen Reich Waffenhilfe mit seiner ganzen Flotte für den Fall eines Konfliktes Englands mit irgend einer überseeischen Macht zu.

Die Zustände im Wiederaufbauggebiet.

Von unterrichteter Seite in Berlin wird dem halsbärtigen Wolkischen Telegraphenbüro geschrieben:

„In seiner zweiten Rede bei der Debatte über die auswärtige Politik in der französischen Kammer am 6. April hat der französische Ministerpräsident Briand über den Inhalt des dem hiesigen amerikanischen Kommissar am 21. März dieses Jahres übergebenen Memorandums, soweit es die Wiederaufbaufrage betrifft, in bitteren Worten Beschwerde geführt.“

Diese Enttäuschung erscheint nicht recht verständlich. Zunächst war deutscherseits bemerkt worden, die früheren Bewohner der zerstörten Gebiete hätten sich in anderen Teilen sehnhaft gemacht. Diese Behauptung ist auch nach den Darlegungen Briands nicht unzutreffend. Denn auch er gibt an, daß von den 7,4 Millionen Bewohnern der zerstörten Gebiete 3,3 Millionen auch heute noch nicht dorthin zurückgekehrt seien.

Weiter war in dem Memorandum darauf hingewiesen, daß einflußreiche Unternehmerrunden mit der Bewertung von Material und Auftragsarbeiten beschäftigt seien und die Abwicklung ihrer Aufgaben in keiner Weise beschleunigt. Hierzu mag auf die im „Zentralblatt“ neulich wiedergegebenen Äußerungen des Ministers Loucheur verwiesen werden, in welcher dieser selbst die schweren Mißstände hervorgehoben hat, die durch Spekulationskäufe in den zerstörten Gebieten unter Vernachlässigung des Wiederaufbaus entstanden sind.

Loucheur hat u. a. folgendes gesagt: Man kauft eine Farm für 12 000 Franken, welche 80 000 Franken für Kriegsschäden einbringt. Dieses Kapital wird dann verlassen und dient zu nichts mehr, in keiner Weise, denn es macht den Boden Frankreichs nicht produktiv. Man kauft für 100 000 Franken eine Fabrik, die eine Million erhalten hat. Man begünstigt sich damit, die Kriegsschäden zu diskontieren und die Fabriken zu schließen.

Endlich ist in dem Memorandum hervorgehoben worden, daß mächtige Kreise in Frankreich in den zerstörten Gebieten ein außerordentlich starkes politisches Agitationsmittel erblickten. Diese Tatsache ist schwer zu bestreiten. Die planmäßige Organisation von Reisen in die zerstörten Gebiete ist ein Beweis dafür; die Andenken-Jubelriege und ähnliches haben seltsame Auswüchse in dieser Beziehung gezeigt. Es ist deutscherseits nicht behauptet worden, daß ganz Frankreich diese Art der Agitation billigt, daß weite Kreise sie pflegen, ist unlegbar.

Unter diesen Umständen ist die Behauptung, Deutschland habe Frankreich wider besseres Wissen bei Amerika verleumdet, nur durch eine völlige Verkennung der deutschen Absichten zu erklären.

Die amerikanische Regierung hat in dem Memorandum den aufrichtigen Wunsch der deutschen Regierung zu erkennen gegeben, zu Verhandlungen mit den Alliierten auf einer neuen Basis zu gelangen. Diese Stellungnahme der amerikanischen Regierung wäre nicht verständlich, wenn das Memorandum tatsächliche Verleumdungen enthielte. Es handelt sich vielmehr um Tatsachen, deren Hervorhebung der deutschen Regierung nicht verdracht werden kann gegenüber den mannigfachen Angriffen, die selbst von alliierten Staatsmännern in der Wiederaufbaufrage gegen Deutschland gerichtet worden sind.

nicht viel Zeit; die in Frage kommenden Mitglieder des Landtags sind herzlich froh, wenn ihnen zu gewöhnlicher Nachtzeit außerhalb des Karlsruher Nordbells einige Stunden zum Schlafen bleiben.

Von dieser Kommissionsstätigkeit dringt natürlich oft recht wenig an die Öffentlichkeit; ich habe bei Gelegenheit der Besprechung der Besoldungsordnung in der „Karlsruh. Ztg.“ schon darauf hingewiesen, daß 29 Kommissionsstunden notwendig waren, um die Besoldungsordnung unter Dach und Fach zu bringen. In der Öffentlichkeit und in der Presse wurde über diese Sitzungen nicht berichtet, aber abgehalten mußten sie werden. Und so geht es mit gar vielen anderen Kommissionsberatungen und Sitzungen, deren Vertuschlichkeit beschlossen wird, die aber stattfinden müssen.

Es kommt ferner hinzu, daß dem Landtag eine Unmenge von Eingaben, Drucksachen und Zuschriften zugehen, die der Abgeordnete sichtlich lesen — sollte. Nur wenige Abgeordnete sind hierzu in der Lage, da sie doch auch einen Beruf haben, denn von den Vätern eines badischen Landtagsabgeordneten können sie nicht leben.

Über die Plenarsitzungen, da braucht Ihr doch nichts zu schaffen“, sagte mir neulich ein fleißiger Tribünenbesucher des badischen Landtages, „da sitzt Ihr doch bloß da, hört zu und geht auf und ab, das ist doch nicht anstrengend.“ Ganz richtig, entgegensteht ich ihm, für die Abgeordneten, welche im Plenum nicht zu Rednern bestimmt sind, aber die Fraktionsredner müssen schon auf dem Posten sein und genau hinhören, was im Sitzungssaal vorgeht, wollen sie sich nicht bei ihren nachherigen Reden kompromittieren. Und das sucht jeder Abgeordnete zu vermeiden. Zudem ist bei jedem Gesetzesentwurf bereits die meiste Arbeit geleistet, wenn er in die Vollversammlung des Landtages kommt. Das sagen Ausreden in den Sitzungen des Plenums ist also nur eine Täuschung für die Tribünenbesucher des Landtages.

Im allgemeinen hat auch der badische Landtag, wie zurzeit wohl jedes Parlament in dem nachrevolutionären Deutschland, eine solche Fülle von Arbeitsstoff zu bewältigen, daß die zur Verfügung stehende Zeit kaum dafür ausreicht. Im

Die frühere Kaiserin †.

Die ehemalige Kaiserin Auguste Viktoria, geb. Prinzessin von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, ist am Montag früh in Haus Doorn in Holland ihrem langjährigen Leiden erlegen.

Die Heimgegangene ist politisch nie hervorgetreten, hat sich dagegen durch viele Werke der Nächstenliebe, insbesondere auf dem Gebiete der Kranken- und Wundheilungspflege, große Sympathien erworben, so daß ihr angefaßtes Gesicht, das ihren Lebensabend verdunkelte, in weiten Kreisen der Bevölkerung, unbeschadet der politischen Stellung des Einzelnen, wohl nirgends die rein menschliche Anteilnahme verjagt wurde. Kaiserin Auguste Viktoria erblickte ihren Lebensabend darin, eine gute deutsche Hausfrau zu sein, deren Wirken sich in der Sorge um ihre Familie erschöpfte, und darüber hinaus in der Förderung und Ausübung aller charitativen Werke, die einer Frau geziemen.

Die Leiche der Kaiserin wird nach einer Trauerfeier, welche in Doorn am Donnerstag abgehalten wird, nach Wildpart übergeführt werden, wo die Beisetzung am Samstag vormittag im Mausoleum beim neuen Palais erfolgt.

Severing über den Putsch.

In einer Funktionärerversammlung des Bezirksverbandes Berlin der Sozialdemokratischen Partei gab der preussische Minister des Innern, Severing, kürzlich eine Darstellung über Entstehung und Verlauf des kommunistischen Putsches.

Es ist notwendig, so erklärte er, in dieser ersten Zeit eine Richtlinie festzulegen, nach der geschlossen gehandelt werden muß. Die preussische Regierung hat keineswegs geschlafen. Die kommunistischen Aufmarschpläne der rechtsstehenden Mütter sind mir amtlich zur Kenntnis gekommen, aber es schloß all diesen Plänen ein: Maschinengewehre und Artillerie, die sich die Putschisten von der Reichswehr holen sollten. Wir haben alle die Pläne als Märchen erkannt. Eingegriffen wurde erst, als konkrete Tatsachen darauf hinwiesen, daß ein Putsch in Vorbereitung war. Die ganze Aktion wurde durch die Polizei ausgeführt und selbst die Unabhängigen haben zugesehen müssen, daß die Polizei nicht bravoziert habe, daß vielmehr die ersten Schüsse von den Hülfsträgern gefallen sind. Die Polizei hat bald den Aufstand niedergeschlagen, und das bezeugt denen nicht, die auf Gelegenheiten zu einem neuen Putschunternehmen hoffen. Sie hätten am liebsten gesehen, daß ein General den Oberbefehl in Mitteldeutschland erhalten hätte. Wir haben das nicht getan und dadurch verhindert, daß Deutschland in einen Bürgerkrieg verwickelt worden wäre. Gemessen an den Umständen der letzten Jahre ist diese Bewegung ziemlich unblutig geblieben. Aber die strategischen Fehlen eines Nichtschlages bei den Operationen im Ruhrrevier benehen ganze Kompanien zum Opfer fielen, hat sich die Rechtspreffe nicht ausgekostet. Wir stehen im Kampfe gegen rechts und links. Mit einem kommunistischen Arbeiter, der an den Sieg der Idee glaubt, kann man zusammen arbeiten, aber mit Verbrechern, die sich hinter dem Namen Kommunisten verstecken, niemals. Gegen diese muß hart vorgegangen werden. Wir werden vielleicht nächsten Aktionen machen müssen, die dem Endkampf in die politische Macht darstellen, aber wir werden keine endlosen Demonstrationen machen und unsere Aktionen werden nicht so aussehen, daß sie uns vor Deutschland und ganz Europa zu Verbrechern stempeln. Sie werden nicht gegen die öffentliche Meinung und die Wehrheit der Volksgenossen, sondern im Einklang mit ihr geführt werden.

In der Aussprache nahm außerhalb der Rednerliste der Berliner Polizeipräsident Richter das Wort. Wie er mitteilte, hätten die Siegesfeierlichkeiten in der einen Hofentafel den Ausweis der kommunistischen Partei, in der anderen den geladenen Revolver. Mitglieder der Gewerkschaftskommissionen haben sich von dieser Tatsache überzeugen können. Ausdrücklich muß er feststellen, daß es nicht von einem Beamten der Schutzpolizei, sondern von einem Kriminalbeamten angeordnet wurde. Wer da meine, daß aus dem Polizeipräsidentium jemand entstehen könne, fenne das Gebäude nicht. Daß es sich nicht um einen Mord handle, habe gleichzeitig auch der Unabhängige Rechtsanwalt Weinberg anerkannt. Der Polizeipräsident machte weiter Mitteilung von einer Anordnung, Transporte politisch bekannter Personen künftig nur durch mehrere Beamte vorzunehmen, um ähnlichen Vorfällen vorzubeugen.

Mit allen gegen sie Stimme nahm die Funktionärerversammlung nach längerer Aussprache eine Entschlieung an, in der das Vorgehen der preussischen Regierung gegen die Putschversuche und Gewalttaten kommunistischer Verbrecherbanden gebilligt wird. Die Arbeiterchaft weise jede Solidarität mit diesen Banden weit von sich. Zur Herbeiführung einer gerechten Bestrafung werden in der Entschlieung jedoch die Sondergerichte als durchaus ungeeignet bezeichnet. Schließlich forderte die Versammlung restlose Aufklärung des Todes von Ehl und Beseitigung des Sichelstahles, lehnte es aber ausdrücklich ab, in das Mordgeheimnis der Kommunisten einzutreten, die dazu am wenigsten berechtigt seien.

Herbst dieses Jahres finden die badischen Landtagswahlen statt; es ist fraglich, ob die vorliegenden Arbeiten vor Anfang August bewältigt werden können. Die schlafenden „Aggeordneten“ haben ja außerdem an den meisten Sonntagen noch Versammlung abzuhalten und sonstige Agitationsarbeit zu leisten. Daß sie unter solchen Umständen nicht wüßten, wie sie ihre Zeit zuzuschlagen sollen, kann wahrlich nicht behauptet werden. Mein fleißiger Versammlungsleiter und seine Gleichgesinnten müssen also ihre Anstrengungen über die schlafenden Abgeordneten schon ein wenig revidieren.

Landestheater.

„Liesland“.

In d'Alberts „Liesland“ gab es am Sonntag mehrere interessante Umfetzungen. Das meiste Interesse erregte die Verlesung des Sebastiano durch Herrn Albin Swoboda aus Stuttgart, der an Stelle der erkrankten Herren Böttner und Albin eingesprungen war. Der Künstler, dessen hohes gesangliches Können und darsellerische Intelligenz wir schon des öfteren zu rühmen Gelegenheit hatten, zeichnete den herrlichen Gewaltmenschen mit außerordentlich scharfen, charakteristischen und lebensnahen Strichen und bot auch rein stimmlich eine gut durchgearbeitete, gemessene Leistung. Sehr schön, weit über den Durchschnitt hinausragende gesangliche Momente hatte diesmal wieder die Marika von Frau Tracema a. W. rügelmann, namentlich im letzten Akt; auch das Spiel der Künstlerin war glaubhaft und künstlerisch ausgeglichen. Josef Schöffel bot als Pedro stimmlich und darsellerisch Erfreuliches. Gabriele Wofetti brachte die kleine Rolle der Turi zu sympathischer Wirkung. Karl Kamann gab den Peruccio mit erquickender Natürlichkeit, auch das Magetrio war selten so vortrefflich besetzt wie diesmal durch die Damen Edith Pott-Sajiz, Marie Rosel-Tomshil und Gertrud Leibiger. Das Orchester spielte, von Kapellmeister Schweppe geführt, mit rhythmischer Straffheit und schöner klarer Präzision. C. Käst.

Kurze polit. Nachrichten.

Der Griff nach dem Ruhrrevier. Millet teilt im „Observer“ mit, daß Frankreich vorschläge, das Ruhrgebiet ohne weitere militärische Mitwirkung anderer ausschließlich durch Franzosen besetzen zu lassen, womit Paris der Londoner Regierung den Entschluß zu erleichtern hoffe.

Wie Frankreich mit den Willamen wüßet. Nach dem „Berl. Lokalan.“ verlangen die französischen Behörden Gelände für einen Exerzierplatz bei Ludwigshafen im Umfang von 224 000 Quadratmeter. Der Aufwand wird auf rund 50 Millionen veranschlagt.

Kommunistische Pläne zur Lahmlegung des bayerischen Bahnverkehrs. Durch eingehende Ermittlungen der Münchner Polizeidirektion ist festgestellt worden, daß eine Anzahl dieser Kommunisten bei verschiedenen geheimen Zusammenkünften Ende März Pläne vorbereiteten, die die Sprengung von Eisenbahnbrücken und die Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs zur Verhinderung von Truppentransporten zum Ziele hatten. Es wurden deshalb 18 Personen in München und 5 in Griefing festgenommen.

Zur Aktion der englischen Bergarbeiter meldet die „Frankf. Ztg.“ vom Montag aus London: Vielfach wird angenommen, daß die Dinge heute abermals an einen toten Punkt gelangen könnten, weil die Bergleute an dem Boal-Gedanken festhalten. Dies würde nun aber zunächst noch nicht den allgemeinen Streik bedeuten, sondern lediglich eine Vorstufe zu Verhandlungen auf der Grundlage eines nationalen Mindestlohnes mit temporärer staatlicher Beihilfe. Der Arbeiter-Dreiband nimmt einstweilen eine abwartende Haltung ein. Die Streiken sind gestrichelt.

Präsident Sunatzen. Blättermeldungen aus Schanghai zufolge hat die südtliche (Kanton) Regierung Sunatzen zum Präsidenten der chinesischen Republik ernannt.

Badische Uebersicht. Parlamentarischer Abend.

Der Einladung des Staatspräsidenten folgend hatten sich gestern abend die Mitglieder des Kabinetts und des Landtags, mehrere Reichstagsabgeordnete und eine Reihe weiterer Gäste aus den Kreisen der Staats- und Stadterwaltung, der Presse usw. zu einem gefälligen Abend im Staatsministerium eingefunden. Staatspräsident Trunk und Gemahlin machten die Honneurs. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Staatspräsidenten hielt Abg. Prof. Dr. Gothein einen höchst anschaulichen und von umfassendem Wissen zeugenden Vortrag über die Entstehung und die Entwicklung des Föderalismus, der zur Zeit besonderes Interesse beanspruchte, da im Landtag in dieser Tagung bekanntlich der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Stammgüter beraten wird. An den Vortrag schlossen sich einige Stunden gemüthlichen Zusammenseins.

Für die Brandbeschädigten in Sunthausen.

H. Der Gesamtverband des Bad. Landwirtschaftlichen Vereins hat in seiner Sitzung vom 5. April für die Brandgeschädigten in Sunthausen als erste Hilfe die Summe von 6000 Mark bewilligt. Er ersucht die Vereinsdirektionen, die Sammlung für die Brandgeschädigten auf das Tätigste zu unterstützen, nötigenfalls die Sammlung selbst anzuregen und durchzuführen und die gesammelten Gelder durch die Vermittlung des Bürgermeisterramts oder der bereits errichteten Sammelstelle an den Hilfsauschuß in Donaueschingen oder unmittelbar an das Bürgermeisterramt Sunthausen einzusenden. Der Vorstand ist überzeugt, daß auch die Vereinsmitglieder des Bad. Landwirtschaftlichen Vereins gerne bereit sein werden, durch Gaben aller Art die große Not der vielen in so schwerem Unglück geratenen Familien lindern zu helfen.

LPD. Sunthausen, b. Donaueschingen, 11. April. Bei den zwischen den Behörden und den Brandgeschädigten abgehaltenen Besprechungen über den Wiederaufbau ergab sich, daß der Schaden an Gebäuden und Fahrnissen die erste Schätzung bei weitem übersteigt. Die Wiederaufbaukosten werden allein etwa 5 Millionen Mark betragen. Die Höhe des Jahresfehlers ist noch nicht festzustellen. Kaum ein Brandgeschädigter ist mit seiner Habe vollversichert. Erfreulicherweise treffen von überall her Spenden an Geld und Bekleidungsstücken ein. Zwei Kommissionen haben die Abschätzung der Gebäudeschäden bereits begonnen.

Im Interesse der vielen Bruchleidenden sei an dieser Stelle nochmals ganz besonders auf das Inserat des Herrn Ph. Steiner Sohn in heutiger Nummer hingewiesen.

Instrumentalvereins-Konzert.

Der Instrumentalverein unterhielt am vergangenen Mittwoch abend im Eintratsaal mit seinem III. Konzert ein außerordentlich zahlreiches Publikum durch eine interessante Auswahl älterer und neuerer Werke. Eine Erläuterung für Karlsruhe war S. d. n. s. sogenannte Donaueschinger Sinfonie, die aus der Donaueschinger Privatbibliothek des Fürsten zur Verfügung gestellt worden war. Die viersätige Sinfonie ist ein echter, sonziger, frischer Haydn, reich an melodischer Erfindung, leicht und prägnant in der gewandten, geistreichen Verarbeitung der Themen. Herr Th. Runz bewies als musikalischer Leiter eine sichere Hand und erfreuliche Vertrautheit mit der Partitur. Das gut eingespielte Orchester ging willig mit und brachte vor allem die langsamen Sätze in schön ausgeglichener Stimmführung wirkungsvoll zu Gehör. Das Menuett war zu schwer im Ton; hier bemühte man sich um eine gewisse Eleganz. Ein padendes Virtuosenstückchen ist der „Sonata“ von Herrn Runz vom Orchester mit all seinen Klängen so schmissig vorgetragen, daß das Publikum in lebhaftem Beifall seine Wiederholung forderte. Einen würdigen Abschluß fand das Konzert mit Beethovens „Symphonie-Ouverture“. Die Wiedergabe machte dem Vereinsorchester alle Ehre. Eine besondere Anziehungskraft erfuhr die Veranstaltung durch die Mitwirkung der Konzertfängerin Hildegard Grohlopf-Schumacher. In zwei Darbietungen, dem Sopran solo aus Bachs Kantate von der Vergnügung und der Konzertarie „Binde hört zu hören auf“ von J. o. Ehr. Bach, deren Vortrag große technische Gewandtheit erforderte, brachte Frau Grohlopf-Schumacher ihre großen, ideal ausgeglichenen Stimmittel zu prächtiger Entfaltung. Sie beherrscht den badischen Vortragsstil in vorbildlicher Weise und entzückt durch die warme Befehlung von Klang und Wort. Auch ihr war bei lebhafter, wohl verdienter Beifall zuteil.

G. R.

